



Hartz IV: neue Mietregelung

➤ **Die neue Rechtsverordnung Wohnen ist unzureichend**

Seit 1. Mai gelten neue Wohnkostenregelungen für Hartz IV-Beziehende, Rentner mit Grundsicherung, Sozialhilfebeziehende und Asylbewerber. Mit der vom rot-schwarzen Senat beschlossenen Wohnungsaufwendungsverordnung (WAV) wurden zwar die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft und Heizung angehoben, aber sie sind trotzdem unzureichend.

Dies hängt mit der Berechnungsgrundlage der neuen pauschalen Richt-

werte zusammen. Als Basis wurden lediglich Wohnungen in einfacher Wohnlage mit über 40 Quadratmetern hinzugezogen, die besonders teuren Wohnungen mit unter 40 Quadratmetern wurden ausgeblendet.

Deshalb hat DIE LINKE gefordert, dass einfache und mittlere Wohnlagen genauso einbezogen werden wie die kleinen Wohnungen mit unter 40 Quadratmetern. Nur so kommt man auf realistische Richtwerte für die Kosten der Unterkunft und Heizung, die Hilfebedürftigen einen Verbleib in der Wohnung ermöglichen. Dies wurde von der SPD in der Vergangenheit abgelehnt und so kam es unter Rot-Rot zu keiner Einigung für eine neue Rechtsverordnung.

Viele Betroffene werden nun ihre Miete nicht zahlen können und umziehen müssen. Allerdings liegen Neuvermietungspreise in der Regel deutlich über den Richtwerten der WAV. Das wurde vom Senat ausgeblendet. Den Vorschlag der LINKEN, dass hilfebedürftige Haushalte Wohnraum anmieten können, der über den Richtwerten

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel.: (030) 4 20 22 08 73
kontakt@linksfraktion-pankow.de

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

Aus unserer Fraktion

➤ **Das ist unser Haus**

... weiter auf Seite 2

Schwerpunktthema

➤ **Bezahlbare Mieten**

➤ **Hartz IV-Mietregelung**

... weiter auf Seite 3

➤ **Fairwohnen**

... weiter auf Seite 4

der WAV liegt, wurde abgelehnt (Neuvermietungszuschlag).

Leistungsbeziehende, die zurzeit noch in günstigen Wohnungen leben, die aber teurer sind, als es die WAV zulässt, müssen also weiterhin umziehen. Der dann so frei werdende Wohnraum wird dann weitaus teurer vermietet. Das Mietenniveau wird so insgesamt in die Höhe getrieben.

Der Senat hat die neuen Richtwerte mit Wohnungen gerechnet, die es nicht gibt und er ignoriert die galoppierende Mietentwicklung. Segregation und Verdrängung wird so nicht entgegengearbeitet.

Elke Breitenbach

Mitglied des Abgeordnetenhauses

➤ Gedenktafeln

Auf Antrag der Linksfraktion hat die BVV das Bezirksamt ersucht, den Eigentümer des denkmalgeschützten Hauses (SOHO-HOUSE) in der Prenzlauer Allee/Ecke Torstraße aufzufordern, wie vereinbart, die vor der Sanierung entfernten Gedenktafeln, wieder anzubringen. Die Tafeln erinnern an die SED-Gründer Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck.

➤ Bezirksfinanzen

Die BVV hat bei ihrer Tagung am 25. April mehrheitlich das Abgeordnetenhaus aufgefordert, »den Plänen des Finanzsenators deutlich zu widersprechen und einen Landshaushalt zu verabschieden, der eine Erhöhung der bezirklichen Zuweisungen um mindestens 50 Millionen Euro vorsieht.«

➤ Denkzeichen

Die BVV hat den Beschluss gefasst, mit einem Denkzeichen an die Filmstadt Weißensee zu erinnern. Vorgesehen ist, einen offenen Wettbewerb unter den Studenten der Kunsthochschule Weißensee auszuloben. Der Wettbewerb soll durch Sponsorengelder finanziert werden

➤ Wohnprojekt

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat sich einstimmig für das Vorhaben der Zeitraum eGmbH ausgesprochen, in der Großen Seestraße in Weißensee ein Wohnprojekt für die Reintegration von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu errichten. Die BVV begrüßte das Konzept der Einrichtung und der beabsichtigten Beachtung sozialräumlicher Erfordernisse.

Einladung BVV-Sitzung

am 13. Juni 2012, 17.30 Uhr

➤ 7. Tagung BVV Pankow

wie immer im BVV-Saal

in der Fröbelstraße 17



Das ist unser Haus!

Objekt der Begierede – die Gleimstraße 52

➤ Mieter ohne Schutz trotz Milieuschutz

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Grünanlagen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow am 10. Mai äußerten Mieter der Gleimstraße 52 ihr Unverständnis, dass sie im »Milieuschutzgebiet Falkplatz« offenbar nicht vor Eigentümerwillkür geschützt sind.

DIE LINKE war von den Hausbewohnern über eine Modernisierungsankündigung informiert worden, die zu einer Mietsteigerung von 6,90 Euro je qm und damit zu einer 130- bis 150 %-igen Erhöhung der Netto-Kaltmiete führen sollte. Diese »Modernisierungsvorankündigung« war rechtswidrig und verfolgte nur das Ziel, die Mieter aus dem Haus zu vertreiben. »Ergänzt« wurde diese massive Bedrohung mit einem befristeten Angebot von Auszugsprämien unterschiedlicher Höhe.

Die Linksfraktion thematisierte diesen Vorgang Mitte April mittels einer Kleinen Anfrage »Mietervertreibung aus dem Milieuschutzgebiet«. Diese fand angesichts der Dreistigkeit des Vorgehens des Investors ein breites Medienecho.

Völlig desorientiert erwies sich wieder einmal Bezirksstadtrat Kirchner (Grüne). Die Mieter seien selbst schuld, wenn sie sich so erschrecken ließen und das Haus widerstandslos verließen. Von Verdrängung könne keine Rede sein, da

niemand mit vorgehaltener Kalaschnikow die Mieter aus dem Haus getrieben habe. Im Gegenteil, sie hätten sich ihren Auszug gut bezahlen lassen.

Kirchners inkompetente Dreistigkeit empörte nicht nur die Mieter. Das Haus war in den letzten Jahren systematisch durch unterlassene Neuvermietung geleert worden. Von den verbliebenen 15 Mietparteien wollen aber mindestens zwölf im Haus bleiben. Wenn über 80-jährige Mieter sich eine »Sanierung am lebendigen Leibe« nicht mehr zumuten wollten und mangels Alternativen eine Aufhebungsvereinbarung mit einer (viel zu geringen) Abfindung unterzeichnet haben, ist der Vorhalt von Kalaschnikow-Kirchner, sie seien »freiwillig« gegangen und nicht verdrängt worden, von Unkenntnis und sozialer Kälte geprägt.

Der Hauseigentümer Christian Gérome vermittelte im Ausschuss den Eindruck kompletter Ahnungslosigkeit und Überforderung. Kirchner kündigte vermittelnde Gespräche an. Die Linksfraktion drängt das Bezirksamt, das Milieuschutzrecht zum Schutz der Mieter weit auszuschöpfen und wird den Kampf der Bewohner der Gleimstraße 52 um »ihr Haus« weiter aktiv unterstützen.

Michail Nelken
Bezirksverordneter



Gustav-Adolf-Straße / Obersteiner Weg

Spielräume für Mietdämpfung nutzen

> **LINKE fordert bezahlbare Mieten**

Dass die Berliner Mieten steigen, ist nicht neu. Es gibt einige landespolitische Handlungsmöglichkeiten, um Mietsteigerungen zu dämpfen. Hier ist (fast) alles und mehrfach gesagt – der Senat muss endlich handeln und nicht nur ankündigen.

Dabei geht es zum Beispiel um die Anhebung der Kosten der Unterkunft, weiterhin verbunden mit flexiblen Härte- und Sonderfallregelungen. Berlin braucht ein Zweckentfremdungsverbot, das ein Vorgehen gegen Ferienwohnungen ermöglicht, längerfristigen Leerstand unterbindet und Wohnungsabriss verhindert. Berlin muss mietdämpfend und sozial ausgleichend auf die städtischen Wohnungsunternehmen einwirken. Mieten im sogenannten sozialen Wohnungsbau weit über dem Mietspiegel und private Vermieter, denen die Mieterrechte egal sind, erfordern Gegenhalten von Bezirken, Senat und Mieterschaft. Die neu entstandenen Mieterinitiativen verdienen unsere ganze Unterstützung!

Außerdem muss die Erstellung des Mietspiegels 2013 nachvollziehbar und öffentlich erfolgen. Die Wohnlagenausweisung muss überprüft werden. Hierbei müssen zum Beispiel Faktoren wie Verkehrs- oder Fluglärm berücksichtigt

werden. Zudem muss sich der Berliner Senat auf Bundesebene dafür einsetzen, dass in die Ermittlung der Mietspiegelwerte künftig auch Wohnungen einfließen, für die es in den letzten vier Jahren keine Mieterhöhungen gab.

Notwendig und entscheidend für eine soziale Wohnungspolitik ist aber ein Paradigmenwechsel in der Bundespolitik. Hier hat Berlin über den öffentlichen Diskurs und im Bundesrat Einflussmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Rot-Rot hat 2010 eine Bundesrats-Initiative zum Mietrecht eingebracht. Damit soll der Mietanstieg im Vergleichsmietenrecht innerhalb von vier Jahren auf 15 Prozent begrenzt werden – statt wie bisher 20 Prozent in drei Jahren. Außerdem sollen Modernisierungsumlagen von elf auf neun Prozent gesenkt werden.

Die rot-rote Initiative ist im Koalitionsvertrag von Rot-Schwarz reanimiert worden, ohne dass bisher praktisch etwas passiert ist. Der Bundesrat hat die Behandlung der Berliner Initiative bis zum Vorliegen der Mietrechtsnovelle der Bundesregierung zurückgestellt. Diese ist jetzt durch Kabinettsbeschluss auf den Weg gebracht. Der schwarz-rote Senat muss jetzt endlich loslegen auf Bundesebene.

Katrin Lompscher
Mitglied des Abgeordnetenhauses

So viel darf's kosten

Die am 1. Mai in Kraft getretene Wohnungsaufwendungsverordnung (WAV) regelt, wie viel eine Wohnung von Hartz-IV-Beziehenden, Grundsicherungsempfängern und Asylbewerbern kosten darf. Die vom Jobcenter oder Sozialamt zu übernehmende Miete ermittelt sich nach maximal zulässiger Größe der Wohnung, der Nettokaltmiete auf Grundlage des Mietspiegels und dem bundesweiten Heizkostenspiegel 2011.

So ist für eine Person eine Wohnungsgröße von 50 qm, für zwei Personen von 60 qm, für drei Personen von 75 qm und für vier Personen von 85 qm angemessen. Für jede weitere Person kommen je 12 qm dazu. Ausnahmen können u.a. für behindertengerechte Wohnungen gemacht werden.

Die Nettokaltmiete darf bei Ein- und Zwei-Personen-Haushalten maximal 4,91 Euro je qm, bei Drei- und Vier-Personen-Haushalten 4,86 Euro und bei Fünf- und Mehr-Personen-Haushalten 4,93 Euro je qm betragen. Eine Wohnung darf also für eine Person 317,50 Euro, für zwei Personen 381 Euro nettokalt kosten. Der Quadratmeterpreis darf aber nicht überschritten werden, selbst wenn Nettokaltmiete und Heizkosten zusammen genommen angemessen sind.

Hinzu kommen die Heizkosten. Wie hoch sie sein dürfen, hängt von der Größe der Wohnfläche des Wohnhauses und der Heizart (Öl, Fernwärme, Gas) ab. So kommen bei einem Ein-Personen-Haushalt zur Nettokaltmiete Heizkosten von 78 bis 90 Euro und bei einem Zwei-Personen-Haushalt von 93,60 Euro bis 108 Euro monatlich hinzu. Die Bruttowarmmiete darf für eine Person den Betrag von 396 bis 408 Euro und für zwei Personen von 479 bis 489 Euro nicht überschreiten.

In Härtefällen kann dieser Betrag um zehn Prozent überschritten werden, bspw. bei Alleinerziehenden mit Kindern oder über 60jährigen. Dies kann auch für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen gelten, wenn nur so neuer Wohnraum angemietet werden kann.

Sandra Brunner

Werde Fairwohnen-Genosse!

DIE LINKE setzt sich im Bundestag für das Grundrecht auf Wohnen ein, um Wohnungsnot gar nicht erst entstehen zu lassen. Mit unserem entsprechenden Antrag konnten wir zwar im letzten Jahr die Parlamentsmehrheit nicht überzeugen, lassen uns aber trotzdem nicht vom Thema abbringen, weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch.

Linke Politikerinnen und Politiker haben eine Genossenschaft gegründet, um den Verkauf öffentlichen Wohneigentums an Rendite maximierende Investoren zu verhindern. Die Genossenschaft Fairwohnen will erreichen, dass 11.500 Wohnungen aus dem früheren volkseigenen DDR-Vermögen in Genossenschaftsbesitz gesichert werden und hat sich deshalb am Bieterverfahren beteiligt. Die zweite Runde wurde bereits erreicht, was wohl bedeuten

muss, dass das Konzept nicht ganz falsch sein kann.

Nun müssen wir die betroffenen Mieterinnen und Mieter überzeugen und möglichst schnell viele Genossenschaftsmitglieder gewinnen. Denn je mehr Fairwohnen-Genossen es gibt, desto größer sind die Chancen für das Projekt. Auch wenn in Berlin nur wenige Treuhand-Wohnungen zum Verkauf stehen, bin ich gern Fairwohnen-Genosse geworden. Wir wissen zwar noch nicht, ob wir im Bieterverfahren als Sieger vom Platz gehen. Aber allein das wir es versuchen, ist ein Zeichen in die Gesellschaft: Es gibt Alternativen! Wohnungsgenossenschaften versorgen bereits seit dem 19. Jahrhundert ihre Mitglieder mit preiswertem Wohnraum.

Stefan Liebich
Bundestagsabgeordneter



www.tlg-fairwohnen.de/

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A

13187 Berlin-Pankow

(gegenüber der Alten Pfarrkirche)

Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner

stefan.liebich@wk.bundestag.de

Tel.: 030.499 87 408



»Während die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für Sanktionen gegen Hartz IV-Empfangende stimmte, hat DIE LINKE nicht nur die Abschaffung dieser Sanktionen gefordert, sondern statt dessen darauf gedrungen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass ein internetfähiger Computer (...) als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums anerkannt wird und über den jeder Mensch orts- und zeitunabhängig sowie unpfändbar verfügen kann.«
Das Internet gehört für immer mehr Menschen zum Alltag: Information,

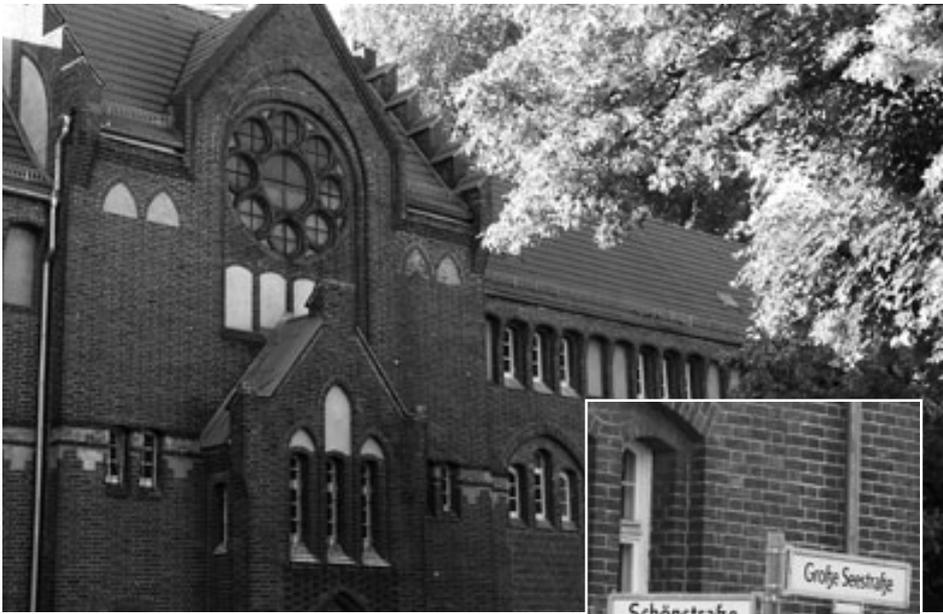


Halina Wawzyniak
Mitglied des Bundestages

Diskussion, Einkaufen, Behördengänge, das Einmischen in Politik und vieles mehr mit Hilfe des Netzes sind heute selbstverständlich. Doch noch immer

verfügen nicht alle Menschen auch über einen Zugang zum Internet. Vor allem bei Hartz IV-Beziehenden mangelt es am Nötigsten. Schon für die elementaren Dinge reicht das Geld kaum aus, geschweige denn für die notwendige Hardware. Die durch die Hartz IV-Regeln festgeschriebene Ausgrenzung wird dadurch verstärkt. Wer bei der Suche nach Arbeit initiativ werden und sich online bewerben will, bleibt außen vor. Wer über das Internet soziale Kontakte pflegen möchte, kann dies nicht tun. Wer sich informieren will, sich aber kein Zeitungsabonnement leisten kann, bleibt uninformiert.

DIE LINKE hat aus diesem Grund im Bundestag einen Antrag eingebracht, mit dem gefordert wird, internetfähige Computer zum soziokulturellen Existenzminimum zu erklären. Wird dem Antrag gefolgt, können sich Hartz IV-Beziehende dann die Kosten für einen PC von den JobCentern erstatten lassen. Wir wollen, dass niemand von den Möglichkeiten des Internets ausgeschlossen wird.



Aufbruch in Weißensee

> **Recht auf zweite Chance**

In der Großen Seestraße 109 Ecke Schönstraße entsteht ein Wohnprojekt für psychisch kranke Straftäter. Das alte Gefängnis des Amtsgerichts Weißensee wird zu einem halboffenen Maßregelvollzug umgebaut. 20 Bewohner sollen hier mithilfe von Ärzten und Sozialarbeitern auf ein Leben nach dem Gefängnis vorbereitet werden. Es soll u.a. eine Tischlerwerkstatt und ein Streichelzoo geben. Ausgänge für die

Bewohner sind unter strengen Auflagen nur tagsüber möglich. Das Projekt soll im November starten und wird von der Zeitraum gGmbH geleitet, die seit langen Jahren Erfahrung in diesem Bereich hat.

Gleichwohl hat das Projekt für erheblichen Aufbruch bei einigen Weißenseer Bürgern gesorgt. Sie wollen »kein Psycho-Knast in ihrem Kiez«. Sie fürchten Totschläger und Sexualstraftäter in

ihrer Nähe und Übergriffe auf Kinder der nahe gelegenen Kita und Grundschule. Deswegen haben sie beim Bürgermeister die Durchführung eines Bürgerentscheids beantragt. Die Straftäter sollen nach Buch oder Brandenburg gehen, »wo sie mit Tieren spielen können.«

Dass psychisch kranke Menschen mit Mördern, Pädophilen und anderen Gewaltverbrechern assoziiert werden, ist bedauerlich. In dem Wohnprojekt werden nur solche Menschen untergebracht, die nach jahrelanger Behandlung im Krankenhaus nicht mehr gefährlich sind. Außerdem: Ein Drittel aller Deutschen haben im Erwachsenenalter eine psychische Störung, in Berlin ist die Rate besonders hoch. Wir begegnen täglich psychisch Kranken.

Auch bei einem ähnlichen Projekt in Wedding kam es zu keinen Gefährdungen der Nachbarschaft. In Lankwitz, wo die Bürgerwut zuvor hoch gekocht war, sagen Anwohner mittlerweile selbst, dass es mit den Heimbewohnern keine Probleme gibt.

Mittwochs gibt es zwischen 12 und 13 Uhr eine Bürgersprechstunde auf der Baustelle in der Großen Seestraße. Auch ein Beirat wurde mittlerweile gegründet.

Sandra Brunner

Kurz aus dem Kiez

> **Nachtflüge**

»Die Nachtflüge in Tegel dürfen nicht ausgeweitet werden. Die Folgen der BER-Fehlplanung dürfen nicht auf die schon jetzt vom Lärm betroffenen Menschen abgewälzt werden«, erklärt Stefan Liebich, Pankower Bundestagsabgeordneter. »In Pankow und Reinickendorf haben sich die Menschen seit Jahren auf das Ende des ohrenbetäubenden Fluglärms eingestellt. Sie müssen nun weiter bangen, wann es wieder einmal so ruhig wird, wie während der vom Vulkan Eyjafjallajökull erzwungenen Ruhe, oder ob es sogar zu einer noch weiteren Aufweichung des Nachtflugverbotes in Tegel kommt.«

Kurz aus dem Kiez

> **Kulturbrauerei**

Die Kulturbrauerei ist nach Angaben des Senats als Kulturstandort langfristig gesichert. Die Kulturverwaltung hat mit dem Eigentümer einen Mietvertrag abgeschlossen, der für die nächsten zehn Jahre die kulturelle Nutzung sichert. Darüber hinaus gebe es die Option, diesen Vertrag um weitere fünf Jahre zu verlängern.

> **Punks und Pioniere**

Im Museum Pankow ist die Ausstellung »Die Meldung. Schüler, Punks und Pioniere in der DDR. Fotografien von Volker Döhring« eröffnet worden. Der ehemalige Lehrer dokumentiert

Kurz aus dem Kiez

Bildzeugnisse und Informationen aus dem Schulalltag in der DDR, den gesellschaftlichen Umbruch und den schulischen Neubeginn nach 1991. Die Ausstellung in der Prenzlauer Allee 227/228 ist bis zum 16. September 2012 dienstags bis sonntags 10–18 Uhr geöffnet.

> **Wegweiser**

Der Wegweiser für »Migrantinnen und Migranten in Pankow« ist erschienen. Er enthält Hinweise zu Behörden, Vereinen und Verbänden sowie Anlaufstellen bei Not- und Krisenfällen.

Im Artikel »Linke für Andere« in der letzten **extraDrei** schrieb Karsten Kramnitz über eine schlimme Lebensmittelvergiftung, die 1911 im städtischen Asyl in der Fröbelstraße 70 Obdachlose das Leben kostete.

Gleichzeitig berichtete Karsten von den Bemühungen, in der neuen Geschäftsstelle der LINKEN Pankow und Reinickendorf eine Notunterkunft für Obdachlose einzurichten – eine Form gelebter Sozialpolitik. Über den Tod der 70 Menschen schrieb bereits Rosa Luxemburg einen bissigen Artikel, in dem sie die allgemeine Erleichterung und das verlogene Mitgefühl der damaligen Gesellschaft beschrieb: Man war froh, dass es lediglich Obdachlose getroffen hatte und der Kaiser ließ sein Beileid übermitteln.

Die **extraDrei** illustrierte dieses ernsthafte Thema mit einer Karikatur, die zwei saufende Wohnungslose zeigt, die sich darüber freuen, dass außer Alkohol alles teurer wird.

Es ist sehr enttäuschend, dass gerade Linke bei einem Text zum Tod und dem andauernden Elend von Menschen ohne Obdach auf das Klischee vom selbstverschuldeten Alkoholiker hereinfallen. Die gesamtdeutsche Tradition – im westdeutschen Arbeitermilieu sollte, wer soff, auch schaffen, und im Osten war für die »Assis« auch nicht mehr als Verachtung übrig – sollten wir als Linke überwinden. Wohnungslosigkeit ist genauso ernst, wie Alkoholismus eine Krankheit ist, deren Ursachen in den gesellschaftlichen Umständen liegen.

Statt Witze über diejenigen zu machen, die sich nicht wehren können und überall mit Ausgrenzung und Verachtung bedacht werden, hat eine linke Partei vielmehr die Pflicht, sich um deren Belange zu kümmern und ein Mindestmaß an Empathie zu zeigen.

Markus Seng, BO Valentin

Schreibt uns Eure Meinung



Bundesparteitag der LINKEN in Göttingen

Die Chance gewahrt

Die Delegierten haben die Partei gerettet. Darin liegt die Hoffnung und die Chance der Partei DIE LINKE.

Was die verantwortlichen Gremien nicht mehr vermochten, der Partei einen breit akzeptierten Vorschlag für einen neuen Vorstand zu unterbreiten, mussten die Delegierten selbst leisten.

Dabei gab es die Gefahr, dass der Flügelstreit die Partei zerreißt. Die Atmosphäre war zunächst geprägt von hektischen Aktivitäten der Lageremissäre und banger Erwartung bei vielen Delegierten vor den Wahlhandlungen. Der Leitantrag wurde durch viele Übernahmen, u.a. auch aus dem alternativen Leitantrag, recht einvernehmlich verabschiedet.

In ihren Reden zeigten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, wie unterschiedlich sie die Lage der Partei einschätzen. Unabhängig davon, welcher Analyse man zuneigt, wurde deutlich, welchen enormen Nachholbedarf die Partei beim Zusammenwachsen hat und wie unzureichend wir einen funktionierenden Kultur der Konfliktbearbeitung miteinander entwickelt haben.

Der Parteitag entschied sich am späten Samstagabend für ein gemischtes Doppel an der Spitze. Fand Katja Kipping noch eine vergleichsweise überzeugende Mehrheit, so musste sich Bernd Riexinger mit einer knappen

Mehrheit zufrieden geben. Beide haben eine ernsthafte Chance verdient, einen Arbeitsstil miteinander zu entwickeln, der es ihnen ermöglicht, die anstehenden Aufgaben in Angriff zu nehmen. Auch die weiteren gewählten Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstands geben zu berechtigten Hoffnungen Anlass, dass dieser Vorstand es besser machen kann als der Vorgänger.

Bei allem vorsichtigem Optimismus: Der spärliche Applaus für den neuen geschäftsführenden Vorstand, die nicht ausgeräumten Feindschaften, die Gregor Gysi in seiner Rede als »Hass« kennzeichnete und lautstarke Siegesfeiern mit dem Schlachtruf »Ihr habt den Krieg verloren« nach der Niederlage von Dietmar Bartsch lassen vermuten, dass die Partei nicht über den Berg ist. Ein neuer Aufbruch blieb aus. Die gefundene Klammer hat noch keine Autorität. So wird es auch weiterhin Aufgabe der Mitgliedschaft sein, der Partei Fundament und Stabilität zu geben. Es ist enorm wichtig, die innerparteiliche Kultur und den Debattenstil wie eine kostbare und sensible Pflanze zu behandeln. Damit wir unsere Kraft wieder stärker dorthin richten können, wohin sie gehört – den Einsatz für eine solidarischen Gesellschaft.

Sören Benn
Bezirksvorsitzender

Luise ist ein rau-wolliges, pommer-sches Landschaf einer gespendeten Schafherde im StadtGut e.V. Blankenfelde. Es ist genügsam, widerstandsfähig und die grobe graublau Wolle ist sehr nutzbar. Leider ist die Rasse aber nicht leistungsstark und ungeeignet für die Großfelderbewirtschaftung.

Für den gemeinnützigen Verein in Blankenfelde ist der Fortbestand bedrohter Kulturrassen daher ein wichtiges Anliegen. 2004 gegründet und seit 2006 Eigentümer des denkmalgeschützten Gutshofensembles waren der Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz, generationsübergreifendes Wohnen, Zusammenleben in sozialer Verantwortung, Wiederherstellung und Erhaltung der Gebäude wichtige Ziele.

Die Mitglieder haben 50.000 qm, zwei große Wohngebäude, mehrere Ställe und Scheunen, einen Gutspark und Grünflächen vom Liegenschaftsfonds des Landes Berlin gekauft und damit dem Kapitalmarkt entzogen.



Unser schwarzes Schaf – Paten für Luise

Ich lernte die engagierten Menschen auf dem StadtGut in der Mitte des Dorfes Blankenfelde während meines Wahlkampfes als Direktkandidatin 2011 intensiver kennen.

Jetzt bin ich selbst Vereinsmitglied. In meinem Ortsverband der LINKEN in Wilhelmsruh berichtete ich von den Schafen, die einen Paten suchen. Noch am selben Abend wurde der Beschluss

gefasst, Pate für Luise zu werden. Hat DIE LINKE in Wilhelmsruh keine anderen Probleme, könnten manche fragen. Aber: Wir wollen einfach mal andere Wege gehen. Der StadtGut e.V. hat sich für die engagierte Patenschaft mit einer Urkunde bedankt.

Eveline Lämmer
Ortsverband Wilhelmsruh,
Blankenfelde, Rosenthal

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

15. Juni • 10 Uhr • Konferenz der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und der Hellen Panke e.V., »Perspektiven für Langzeiterwerbslose schaffen – Fachkräfte für Berlin sichern!«, Nachbarschaftshaus Urbanstraße in Kreuzberg

18. Juni • 19 Uhr • Lesung und Gespräch »Vorsicht Antisemitismus« u.a. mit Dr. Klaus Lederer im Roten Laden, Schlossstr. 22 in Tegel, Helle Panke e.V.

20. Juni • 19:30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

24. Juni • 19 Uhr • Diskussion »Tatort Stadion«, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie auf dem Platz und auf den Rängen, Helle Panke e.V., Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Str. 130

28. Juni • 10 Uhr • Sozialökologischer Umbau »DIE LINKE muss grüner werden« mit Eva Bulling-Schröter (MdB), Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28

29. Juni • 14 Uhr • Konferenz »Umsteuern – Für einen gesellschaftlichen Richtungswechsel in Deutschland« u.a. mit Dr. Gregor Gysi (MdB) und Annelie Buntenbach, Stellv. DGB-Vorsitzende, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

4. Juli • 19:30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

18. Juli • 19:30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

6. August • 18 Uhr • Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

8. August • 19:30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

13. August • 18 Uhr • Basistag in der Bezirksgeschäftsstelle

20. August • 18 Uhr • Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

22. August • 19:30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

24. August • 15 Uhr • Sommerfest der LINKEN Weißensee

27. August • 18 Uhr • Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

29. August • 17:30 Uhr • 8. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

3. September • 18 Uhr • Basistag der Linksfraktion in der BVV Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

5. September • 19:30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

8./9. September • 10 Uhr • Fest an der Panke – auch DIE LINKE ist dabei

19. September • 19:30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

29. September • 10 Uhr Hauptversammlung der LINKEN Pankow



Blutwurst, Korn, Vernunft

Wir saßen unter dem schönen Lindenbaum beim Eisernen Gustav. Manfred konnte nicht mehr an sich halten und platzte heraus: »Wir haben so viele kluge Persönlichkeiten in unseren Reihen und ein Theater um die Führung, die sehr unserem Ansehen als linker Partei schadet. Was ist nur los? Dieter, ich habe das Gefühl, wir sind im Mittelalter gelandet. Zur Zeit Heinrichs, des Ersten wurde der schwächste Landesfürst zum König gewählt, damit andere schalten und walten konnten.« Auch Wolfgang griff ein in die Debatte: »Die Ursachen sind vielfältiger als das Streben nach Selbständigkeit der politischen Führungen in den Ländern. Es gibt zu viele Widersprüche in der Partei, die nicht ausdiskutiert wurden. Zu häufig werden

jene als Opportunisten disqualifiziert, die nach neuen Wegen suchen.« »Na ja, manches wird auch gleich mit solcher Vehemenz vorgetragen, dass es sich wie die letzte Wahrheit anhört und doch nur bei anderen abgeschrieben wurde«, so unser Benjamin. Manfred: »Im Mittelalter wurden solche Händel mit Schwert und Feuer ausgetragen. Bei uns eben mit Worten, die können auch töten.«

Die Wirtin kam an den Tisch und erklärte, dass sie was wirklich Neues anbieten könne. Blutwurst mit kühlem Korn. Das stärkt die Vernunft. Gestärkt durch die Blutwurst und gekühlt durch den Korn hing jeder seinen Gedanken nach und hoffte auf ein gutes vernünftiges Ende. Na denn Prost!

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44017781

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluss: 2. Juni
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.500

Die nächste Ausgabe der **extraDrei** erscheint am 5. September 2012.
Redaktionsschluß: 23.08.2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Katina Schubert, Sandra Kaliga, Evi Lämmer, Sandra Brunner, MdB-Büro Wawzyniak

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

3	1	4			6			5
8		6	7	3	9		4	
				5	1		8	
		7	3	1			2	4
	8	3		6		1	7	
6		1	2	9	7			
1	7			4		9		2
4		2						8
				8	2	4		

8	4			9		7		6
	2			3			1	8
5	7			4			9	2
				8				7
					9		2	
3			9			2		
	8	9	5			6	3	
		4	3	6	2			

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.